



# NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 22.03.2022,

Videokonferenz

Beginn: 17:00

Ende: 18:51



## Anwesenheitsliste

### Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Dr. Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

### CDU

Cyrus Bakhtari

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

### SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Magdalena Schwarzmüller

### FWG

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

### Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

### Die LINKE

Daniel Emmerich

### Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Beigeordnete/r

Lukas Hartmann

Jochen Silbernagel

Berichterstatter

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Christine Kohl-Langer

Martin Messemer

Jana Siegrist

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführer/in

Markus Geib

Entschuldigt

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Haushalt 2022 zur Beschaffung von Geräten für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 150/047/2022
3. Lieferung und Montage von 15 Tetra-Sirenensteuerempfängern für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 150/046/2022
4. Fitter-Campus an der Paul-von-Denis-Straße; Bauantrag zum Neubau eines Wohn- und Geschäftsgebäudes auf dem Baufeld 34 im Konversionsgebiet Landau Süd (1. Bauabschnitt Nord) sowie Verlängerung eines Veräußerungsverzichts (= Grundstücksreservierung) für die verbleibende Fläche Süd.  
Vorlage: 200/343/2022
5. Bürgschaftserklärung der Stadt Landau in der Pfalz für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH  
Vorlage: 240/151/2022
6. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2021  
Vorlage: 240/154/2022
7. Straßenbenennungen; Überprüfung der nach Personen benannten Straßen, Wege und öffentlichen Orte  
Vorlage: 420/009/2022
- 7.1. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Umbenennung der Hindenburgstraße  
Vorlage: 101/637/2022
- 7.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verfahren bei Straßenumbenennungen  
Vorlage: 101/638/2022
8. Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss  
Vorlage: 610/700/2022
9. Verschiedenes

**Stadt Landau** in der Pfalz





Öffentliche Sitzung



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

### Einwohnerfragestunde

Von den zugeschalteten Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Haushalt 2022 zur Beschaffung von Geräten für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 10. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

**Zur Beschaffung von 15 Tetra-Sirenensteuerempfängern und 15 Fixed Radio Terminals für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz zur Erfüllung der technischen Zuwendungsvoraussetzungen werden bei Produkt 12801.0725 überplanmäßige Mittel im Haushalt 2022 in Höhe von 31.219,65 € bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 189.219,65 € erhöht.**



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

Lieferung und Montage von 15 Tetra-Sirenensteuerempfängern für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 10. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Lieferung und Montage von 15 Tetra-Sirenensteuerempfängern für das Sirenenwarnsystem der Stadt Landau in der Pfalz wird an die Firma HÖRMANN Warnsysteme GmbH, Niederlassung Süd, Hauptstraße 45-47 in 85614 Kirchseeon zu dem im Angebot vom 25. November 2021 genannten Preis erteilt. Die Auftragssumme beläuft sich auf insgesamt 23.205,00 €.**



#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Fitter-Campus an der Paul-von-Denis-Straße; Bauantrag zum Neubau eines Wohn- und Geschäftsgebäudes auf dem Baufeld 34 im Konversionsgebiet Landau Süd (1. Bauabschnitt Nord) sowie Verlängerung eines Veräußerungsverzichts (= Grundstücksreservierung) für die verbleibende Fläche Süd.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 7. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Messemer erklärte, dass diese Verlängerung des Veräußerungsverzichts bis zum 31. Januar 2023 nötig sei, um die weiteren Planungen für dieses Projekt zu ermöglichen. So könnten die vorbereitenden Maßnahmen weiterverfolgt werden. Wesentlicher Punkt sei die geplante Sporthalle. Im Moment werde geprüft, die Sporthalle in den südöstlichen Bereich zu verlegen. Die Verwaltung bitte darum, diese Grundstücksoption verlängern zu können.

Herr Kamplade bestätigte die Ausführungen von Herrn Messemer, dass es tatsächlich alternative Standortüberlegungen für die Sporthalle gegeben habe. Diese beiden angedachten Alternativflächen stünden allerdings nicht zur Verfügung. Eine Gesamtplanung sei dem Bauamt allerdings noch nicht bekannt.

Ratsmitglied Saßnowski bat um Auskunft, ob der Bauherr eine Zusage gegeben habe für eine Photovoltaikanlage auf dem Dach.

Herr Kamplade antwortete, dass dem Bauherrn deutlich gemacht worden sei, dass man eine Photovoltaikanlage im Süden für verpflichtend halte. Für die Nordfläche habe sich der Bauherr eher zurückhaltend gezeigt.

Ratsmitglied Freiermuth stellte die Frage nach der Leistungsfähigkeit des geplanten Garagenlifts.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass dies ein außergewöhnliches Projekt sei. Es sei interessant, kreativ, spannend, aber auch kontrovers. Es sei gut, dass man mit dem Investor diskutiert und dass dieser sich deutlich bewegt habe. Mit dem Baufeld Nord gebe es wenige überschaubare Beeinträchtigungen. Die heutige Entscheidung sei auch noch keine Entscheidung für das Baufeld Süd. Gerade beim Knackpunkt Turnhalle brauche man noch eine vertretbare Lösung. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Blinn lehnte für die SPD-Stadtratsfraktion die Vorlage ab. Es seien hier die Interessen des Investors und der Nachbarschutz gegeneinander abzuwägen. Seiner Meinung nach habe dabei der Nachbarschutz Vorrang. Man sei sehr skeptisch mit der Entwicklung an dieser Stelle, auch wenn es durchaus eine innovative Idee sei.

Ratsmitglied Dr. Wissing stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Man habe ja schon sehr früh den Dialog zwischen dem Investor und den Anwohnern vorangetrieben. Das Projekt sei für Landau eine gute Sache und sollte unterstützt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte die Zustimmung der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion. Der Investor sei auf die Anwohner zugegangen.



Ratsmitglied Emmerich stellte fest, dass es zunächst ja nur um die Verlängerungsoption gehe. Von daher könne die LINKE-Stadtratsfraktion zustimmen.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 12 Ja,- 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**der unentgeltlichen Verlängerung des Veräußerungsverzichts (Grundstücksreservierung) für die Restfläche des Baufeldes 34 sowie das Baufeld 35 (verbleibende Fläche Süd) mit rund 6.000 m<sup>2</sup>, die im beigefügten Lageplan (Anlage 1) gekennzeichnet ist, bis 31.01.2023 zuzustimmen. Eine anschließende verzinsliche Verlängerung um bis zu drei weiteren Monaten ist auf Antrag möglich.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

Bürgschaftserklärung der Stadt Landau in der Pfalz für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 2. März 2022, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat beschließt die Verlängerung der Bürgschaftserklärung für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH (im Folgenden Klinikum) bis zum 31. Dezember 2023.**

**Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO erforderliche Genehmigung zur Verlängerung der Ausfallbürgschaft bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einzuholen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 9. März 2022, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat beschließt den Vortrag der Haushaltsermächtigungen des Haushaltsjahres 2021 für die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Straßenbenennungen; Überprüfung der nach Personen benannten Straßen, Wege und öffentlichen Orte

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Archiv und Museums vom 11. März 2022, auf die hingewiesen wird. Es würden jetzt umfangreiche Unterlagen vorliegen, die Frau Kohl-Langer erläutern werde. Man habe eine kritische Beleuchtung der 163 Straßennamen in Landau vorgenommen. Landau sei in dieser Diskussion nicht alleine unterwegs, man wolle aber zu einer Landauer Lösung kommen. Das Archiv und Museum habe eine systematisch tiefgreifende Arbeit vorgelegt. Daraus ergebe sich, dass 18 Straßen und Plätze kritisch zu sehen seien. Man habe nun eine sachliche Grundlage für die jetzt anstehende Diskussion.

Frau Kohl-Langer, Leiterin des Archiv und Museum, unterstrich, dass die Beschäftigung mit den Namen der Straßen und Plätze ein wichtiger Prozess in der Landauer Erinnerungskultur sei. Dieser Prozess müsse transparent, bürgerbeteiligt und identitätsstiftend sein. Man habe alle 163 Namen überprüft. Landau habe einige Besonderheiten, die man natürlich erhalten wolle. Besonders in der Kritik stehe dabei das Fliegerviertel. Auch andere Städte würden sich mit diesem Thema beschäftigen und man habe selbstverständlich auch entsprechende Expertisen eingeholt. Besonders interessant sei hier die Freiburger Studie. Insgesamt habe man acht Bewertungskriterien entwickelt:

- Die Namensgeber lebten und wirkten in der NS-Zeit von 1933 bis 1945 und waren **aktive Förderer des Nationalsozialismus** und in **führender Stellung als Multiplikatoren** tätig.
- Aggressiver **Antisemitismus/Antijudaismus** bei solchen Personen, die Multiplikatoren darstellten und über entsprechenden Einfluss verfügten.
- Extremer **Rassismus** in Theorie und /oder Praxis
- Befürwortung des **Kolonialismus**
- **Medizinverbrechen**
- **Militarismus** in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkriegs
- Extreme, unzeitgemäße **Frauenfeindlichkeit**
- Namensgeber erweisen sich durch eigene **Taten und Aktivitäten nach 1945** als nicht mehr würdig

Man habe dann vier Kategorien gebildet, um den Umgang mit den Straßenbenennungen zu bewerten. Kategorie A „erheblich belastet“ mit der Konsequenz, die Straßen umzubenennen. Hierzu würden die Hindenburgstraße und die Kohl-Larsen-Straße gehören. In der Kategorie B „teilweise belastet, diskussionswürdig“ schlage man vor Zusatzinformationen am Straßenschild anzubringen. Hierzu zähle das Fliegerviertel, die Georg-Reiß-Straße, die Hermann-Staudinger-Straße, die Jahnstraße und der Jahnsporthplatz sowie die Wilhelm-Wüst-Straße. Dann gebe es die Kategorie B1, bei der man weitere Forschungsergebnisse abwarten sollte. Hier gehe es um die Hans-Stempel-Straße, bei der ein erstes Forschungsergebnis im Sommer 2022 vorliegen werde sowie um die Sauerbruchstraße, zu der eine entsprechende Expertise im Jahr 2023 zu erwarten sei. Schließlich gebe es noch die Kategorie C, bei der es vorerst keine weiteren Maßnahmen geben soll aber eine zusätzliche Expertise notwendig sei. Hier sehe man vor allem die Adolf-Kessler-Straße im Vordergrund, aber auch die Bismarckstraße, die Martin-Luther-Straße, die Moltkestraße und die Robert-Koch-Straße würden in diese Kategorie fallen.



Von Seiten der Verwaltung wolle man vier Empfehlungen geben. Zum einen die Beibehaltung der Landauer Besonderheiten, diese jedoch erklären, problematisieren und öffentlich kontextualisieren. Für die Hindenburgstraße und die Kohl-Larsen-Straße empfehle man auf der Grundlage eines bürgerbeteiligten Prozesses die Umbenennung der Straßen. Als drittes empfehle man die Erarbeitung eines Konzeptes der öffentlichen Kontextualisierung vor allem der nach Personen benannten Straßen. Dies könne beispielsweise in Form von QR-Codes oder von Erklärungstafeln erfolgen. Schließlich rege man an, weitere Expertisen einzuholen.

Ratsmitglied Saßnowski dankte dem Archiv für die umfangreiche Arbeit. Sie tue sich schwer mit der Einteilung, dass Personen in der NS-Zeit als Multiplikatoren tätig gewesen sein müssen. Es sei klar, dass man sich am Anfang eines Prozesses befinde. Man finde es richtig, diese 18 Namen zu kontextualisieren. Auch den Vorschlag, die Hindenburgstraße und die Kohl-Larsen-Straße umzubenennen, begrüße man. Es sei gut, hier jetzt den ersten Schritt zu gehen. Allerdings sollte man sich nicht zu früh festzulegen, dass es bei diesen zwei Straßen bleibe. Der Punkt 1.2 der Beschlussvorlage sei hierfür ein exemplarischer Weg. Eine Umbenennung müsse zu den Bedingungen erfolgen, die der Stadtrat beschlossen habe. Dies bedeute, dass es bei einer Umbenennung Frauennamen sein müssten.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass man nun eine historische Einschätzung habe und das Thema breit und umfassend aufbereitet sei. Man habe Verfahrensvorschläge und auch den Vorschlag für eine umfassende Bürgerbeteiligung. Dies sei eine gute Grundlage, um das Verfahren grundsätzlich anzugehen. Die vorliegende Expertise sei eine sehr gute Arbeit und ermögliche es, das Thema im historischen Kontext zu sehen. Wesentlich für die CDU sei die Einbeziehung der Bewohner der betroffenen Straßen. Die Anwohner der Straßen seien die eigentlich betroffenen, daher müsse deren Meinung gewichtet werden. Es müsse daher dort eine echte Bürgerbeteiligung unter Mitwirkung des Beteiligungsrates und einem Votum der Anwohner geben. Unter diesen Prämissen stimme die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage im Grunde zu. Bei Punkt 1.2 hätte man gerne eine Vorlage schon im 2. Quartal 2022 und im Punkt 1.3 sollte das Wort „voraussichtlich“ gestrichen werden. Wichtig sei die Bürgerbeteiligung, aber es stelle sich die Frage, ob man grundsätzlich umbenenne. Vor diesem Hintergrund mache auch der Antrag der LINKE keinen Sinn.

Der Vorsitzende stellte klar, dass über eine Umbenennung separat zu beraten und beschließen sei. Man brauche hier einfach noch die entsprechende Zeit.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass es eben nicht nur Weiß und Schwarz gebe, sondern auch viel Grau dabei sei. So gebe es auch auf die Person Hindenburg unterschiedliche Blickwinkel. Man müsse auch den Mut haben, auch zu seiner Geschichte zu stehen. Gut fände man es, wenn man zusätzliche Infoschilder anbringen würde. Blickwinkel würden sich verändern, daher werde man der Geschichte nicht gerecht wenn man den jeweiligen Status quo für absolut erkläre. Den CDU-Vorschlag halte man für grundsätzlich richtig, auch die Anwohner der Straße zu befragen. Aber auch die anderen Bürger sollten ihre Meinung dazu sagen können. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Vorlage grundsätzlich zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in der vorgelegten Expertise eine gute Grundlage, die allerdings zu lange gedauert habe. Sie hielte es für besser, wenn man ein Bürgerbeteiligungsverfahren mache, dass alle Bürger einbeziehe und nicht nur die



Anwohner. Mit den Ergebnissen der Expertise sei sie sehr einverstanden, man sollte jetzt mit der Umbenennung dieser beiden Straßen beginnen. Es sei angebracht, jetzt mal zu Potte zu kommen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing lehnte für die FDP-Stadtratsfraktion die Umbenennung von Straßen ab. Der Aufwand stehe in keinem Verhältnis. Sie sei der Meinung, dass man sich seiner Geschichte und Vergangenheit nicht entziehen könne. Eine Kontextualisierung finde sie grundsätzlich gut, wobei man das Geld hierfür auch sinnvoller einsetzen könne. Wenn man eine Bürgerbeteiligung mache, dann bitte unter den Anwohnern der betroffenen Straßen, da diese auch die Kosten und die Belastungen zu tragen hätten. Sie wolle daher einer Umbenennung von Straßen nicht zustimmen.

Ratsmitglied Emmerich unterstrich, dass dies ein schwieriges Thema sei. In der Diskussion zeige sich auch, dass es ein sehr kontroverses Thema sei. Es sei durchaus richtig, dass eine Straßenumbenennung Aufwand und Kosten bedeute. Aber man müsse sich der Geschichte stellen. Die angedachte Bürgerbeteiligung sei eine gute Idee, aber nur die Anwohner der betroffenen Straßen zu befragen wäre der falsche Weg.

Der Vorsitzende machte nochmal deutlich, dass die Anträge mit in die Diskussion aufgenommen werden sollen.

Ratsmitglied Lerch stellte klar, dass natürlich alle Bürgerinnen und Bürger Landaus ihre Meinung bei Straßenumbenennungen kundtun könnten. Letztlich entscheide der Stadtrat als gewähltes Vertretungsorgan. Man sei aber der Meinung, dass das Votum der Anwohner ein wichtiges Kriterium sein sollte.

Ratsmitglied Dr. Blinn widersprach der Argumentation von Herrn Freiermuth. Eine Straßenumbenennung sei keine Umschreibung der Geschichte. Straßennamen seien in erster Linie Hilfsmittel zur räumlichen Orientierung.

Ratsmitglied Saßnowski unterstützte die Ausführungen von Herrn Dr. Blinn. Zu seiner Geschichte zu stehen bedeute nicht, Augen und Ohren zuzumachen. Man müsse aber Mut haben, Geschichte nicht zu ignorieren, sondern müsse Konsequenzen daraus ziehen.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 15 Ja- und 1 Nein-Stimme nachfolgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

1. **Der Stadtrat nimmt die historische Expertise des Archivs und Museums zur Kenntnis und stimmt folgendem Verfahren zu:**
  - 1.1 **Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Kontextualisierung der 18 Straßen, Wege und Plätze, die nach Personen benannt wurden und deren Biografien als problematisch angesehen werden. Dieses wird bis zum 4. Quartal 2022 den Gremien vorgelegt.**
  - 1.2 **Für die beiden Straßen (Hindenburgstraße und Kohl-Larsen-Straße), die kritisch zu hinterfragen sind und für die die Verwaltung die Straßenumbenennungen vorschlägt, wird die Verwaltung beauftragt, über den städtischen Beteiligungsrat ein Bürgerbeteiligungsverfahren einzuleiten, einen Zeitplan zu erstellen, juristische**



Folgerungen zu prüfen und die mit einer möglichen Straßenumbenennung verbundenen Kosten zu ermitteln. Das Ergebnis wird den Gremien bis zum 4. Quartal 2022 vorgelegt.

- 1.3 Das Beteiligungsverfahren der Landauer Bürgerinnen und Bürger hat das Ziel, eine Empfehlung zur Frage einer möglichen Straßenumbenennung sowie Vorschläge für eine mögliche Straßenneubenennung zu erarbeiten. Das Ergebnis wird den Gremien voraussichtlich bis Ende des Jahres 2022 vorgelegt.
2. Die dann erforderlichen Beschlüsse für eine mögliche Straßenumbenennung samt Straßenneubenennung werden jeweils separat beraten und gefasst.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)**

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Umbenennung der Hindenburgstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 14. Februar 2022, auf den hingewiesen wird.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

**Der Hauptausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.2. (öffentlich)**

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verfahren bei Straßenumbenennungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Februar 2022, auf den hingewiesen wird.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

**Der Hauptausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. Februar 2022, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ vom April 2021 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom Februar 2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ vom April 2021 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom Februar 2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Der Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom Februar 2022 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Auskunft über den Stand der Vorbereitungen seitens der Verwaltung zur Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine.

Der Vorsitzende betonte, dass man die Thematik so vorausschauend wie möglich angehe. Die Entwicklung sei sehr dynamisch, es könnten mehrere hundert Flüchtlinge nach Landau kommen. Für 90 Tage bestehe keine Registrierungspflicht, sondern die Möglichkeit, sich im Bundesgebiet frei zu bewegen. Man habe dazu aufgerufen, der Verwaltung Wohnraum zu melden. Derzeit würden sich 74 ukrainische Staatsbürger in Landau aufhalten, davon seien 55 bei Privatpersonen untergebracht. Man habe Wohnungsangebote für 300 Personen in 65 Objekten. Mittlerweile habe man auch erste Kinder in Landauer Schulen.

Ratsmitglied Albrecht sprach die Gedenkveranstaltung gegen Rassismus vom Vortag an. Diese Gedenkveranstaltung sei von den sogenannten „Montagsspaziergängern“ gestört worden. Es sei hier zu wenig Ordnungs- und Sicherheitspersonal vor Ort gewesen. Hier sei dringend Aufklärung notwendig, was schief gelaufen sei.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Auskunft, ob der für den 11. April geplante Festakt zu 50 Jahre Eingemeindung der Stadtdörfer stattfinden werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass seines Wissens keine Absage der Veranstaltung geplant sei.

Ratsmitglied Eggers unterstrich, dass man den ukrainischen Flüchtlingen kurzfristig und schnell helfen müsse. Er appelliere, dass man den Worten auch Taten folgen lasse.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass man auf eine Zwei-Klassen-Flüchtlingsgesellschaft zusteure. Auch andere Flüchtlinge würden Schutz brauchen.



Die Niederschrift über die 28. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 22.03.2022 umfasst 14 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis .

Vorsitzender

Markus Geib  
Schriftführer